28.11.2002

Antrag

der Fraktionen
der SPD,
der CDU,
der FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EntschlieÙung

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU
Versorgungsbericht NRW vorlegen und Versorgungsbeirat NRW berufen
Drucksache 13/2849

Sicherstellung der Beamtenversorgung ist eine große Herausforderung

I.
Die zukünftige Alterssicherung für den öffentlichen Dienst ist eine große Herausforderung für Bund, Länder und Gemeinden. Besonders für die Länder werden die Ausgaben für die Alterssicherung in den nächsten Jahrzehnten dramatisch zunehmen. Sie werden deutlich stärker steigen als Bruttoinlandsprodukt und Steuereinnahmen des Staates. Derzeit betragen die Versorgungsausgaben bei Bund, Ländern und Gemeinden (im früheren Bundesgebiet) jährlich 22 Milliarden Euro. In den neuen Bundesländern gibt es zur Zeit erst etwa 3000 Versorgungsempfänger. Ihre Zahl wird aber in den nächsten Jahren ebenfalls stark ansteigen.

Mehr als dreiviertel aller Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten in Versorgungsanwartschaften standen im Jahr 1999 im Dienst der Länder. Ihre Alterssicherung muss gewährleistet werden. Hinzukommen erhebliche Aufwendungen der Länder für die ergänzende Alterssicherung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst.

Datum des Originals: 28.11.2002/Ausgegeben: 28.11.2002

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

Auch zukünftig werden die Länder erhebliche Personalaufwendungen tätigen müssen, etwa für Bildung und die Gewährleistung innerer Sicherheit. Die damit verbundenen Personalausgaben schlagen sich mit zeitlicher Verzögerungen in den Versorgungsausgaben des Landeshaushaltes nieder.

Nach dem zweiten Versorgungsbericht der Bundesregierung vom Oktober 2001 wird sich die Zahl der Versorgungsempfänger bundesweit von 0,9 Millionen (2000) auf 1,4 Millionen (2030) erhöhen. Die Versorgungsausgaben der Länder werden sich nach dieser Prognose bis 2040 gegenüber dem Stand des Jahre 2000 sogar vervierfachen.

Deshalb haben sich alle Fraktionen des Landtags in der Vergangenheit bereits mehrfach für eine eingehende und grundlegende Behandlung dieses Themas durch Landtag und Landesregierung ausgesprochen. Die in diesem Zusammenhang durchgeführte Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses am 18. April 2002 hat die Dramatik der Entwicklung bestätigt und die Notwendigkeit von Handlungskonzepten unterstrichen. Dabei geht es um die Erfüllung eingegangener und noch einzugehende Verpflichtungen gegenüber den Beschäftigten des Landes wie um die zukünftige Handlungsfähigkeit von Politik in NRW.

II.

Vor diesem Hintergrund erwartet der Landtag von der Landesregierung bis zum 30. Juni 2003 die Vorlage eines Versorgungsberichtes NRW. Dieser Bericht

- zeigt die Verpflichtungen auf, die dem Land NRW im Hinblick auf die Alterssicherung der Landesbediensteten und Beschäftigten entstanden sind und unter gegebenem Recht zukünftig entstehen werden,
- orientiert sich in Systematik und Annahmen unter Berücksichtigung NRW- spezifischer Abweichungen am Versorgungsbericht der Bundesregierung,
- bezieht in Darstellung und Bewertung alle sich aus der Alterssicherung ergebenden Verpflichtungen des Landes ein und führt diese in Gesamtübersichten zusammen,
- enthält Projektionen bis zum Jahr 2040, die modellhaft Alternativen in der Entwicklung aufzeigen, unter anderem bei Entwicklung der Bezüge und Beschäftigtenzahl,
- beschreibt modellhaft unter Berücksichtigung der gegebenen wie mittelfristig zu erwartenden Haushaltslage Handlungsoptionen, deren Wirkungen geeignet sein können, den Anstieg der Ausgaben des Landes für die Alterssicherung zu begrenzen
- und benennt Parameter und Kriterien für Finanzierungs- und Anlagestrategien zum Aufbau eines Kapitalstocks; diese sollen geeignet sein als Basis für Vorgaben, mit denen Kosten und Nutzen von Anlagestrategien konkret beauftragt und gerechnet werden können.

Dieser Versorgungsbericht NRW soll künftig alle zwei bis drei Jahre fortgeschrieben werden.

Edgar Moron

Dr. Jürgen Rüttgers

Dr. Ingo Wolf

Sylvia Löhrmann

Carina Gödecke

Helmut Stahl

Marianne Thomann-Stahl

Johannes Remmel

Ernst-Martin Walsken

Helmut Diegel

Angela Freimuth

Edith Müller

und Fraktion

und Fraktion

und Fraktion

und Fraktion